

Eingescannte Unterschrift

Einleitung

Seit einigen Jahren erfolgt ein Großteil des Verkehrs in Rechtssachen auf elektronischem Weg. So wird zum Speichern und zum schnellen Austausch von relevanten justiziellen Informationen vor allem auf Computer, Textverarbeitungsprogramme und aufs Internet zurückgegriffen. Dabei geht es nicht nur darum, die elektronische Information darzustellen, sondern auch zu konservieren; dies kann auf einer Festplatte, einem Magnetband (Floppy Disk), einer optischen Speicherplatte (DVD) oder auf einem Mikrochip (USB) erfolgen. Infolgedessen findet eine Verschiebung von einem Papier-Umfeld zu einem elektronischen Umfeld statt. Ein Rechtsuchender ist jedoch nicht sicher, ob die Handlungen, die elektronisch dokumentiert sind, denselben juristischen Wert haben, wie jene, die auf traditionelle Art und Weise auf Papier dokumentiert sind. In der Tat umfassen die Rechtsvorschriften diverse Bestimmungen, die eine Unterschrift verlangen, und in Ermangelung der Unterschrift bleiben rechtliche Konsequenzen meist aus.

So bestimmt das Gesetz, dass die Verjährung der Strafverfolgung nur unterbrochen werden kann durch Untersuchungs- oder Verfolgungshandlungen, die binnen einer bestimmten Frist und durch eine befugte Person vorgenommen wurden, und zwar in dem Sinn, dass für diese Handlungen die Angabe der Eigenschaft und sicherheitshalber des Namens der befugten Person erforderlich sind. Jetzt, wo bei den neuen Formen der Kommunikation nicht mehr die Rede von einem „eigenhändigen Anbringen seines Namens auf ein Papier zum Zwecke der Identifizierung und der Einverständniserklärung mit dem unterschriebenen Schriftstück“ die Rede sein kann, wird in Straßenverkehrs-Angelegenheiten die Frage aufgeworfen, ob Untersuchungs- oder Verfolgungshandlungen, die per Mail verschickt werden und eine eingescannte Unterschrift tragen, auch eine unterbrechende Wirkung haben. Und gilt dies auch, wenn Originalausgaben von Untersuchungs- oder Verfolgungshandlungen gescannt und per Mail verschickt werden?

Ein zweites Beispiel ist ein Kassationsentscheid, in dem kürzlich entschieden wurde, dass die Zusendung einer Antragsschrift nach Artikel 61^{quinquies} StPGB per Fax nicht den Vorschriften dieses Artikels entspricht, da ein Fax aufgrund seiner technischen Merkmale keine Originalunterschrift tragen kann und folglich keine Sicherheit in Bezug auf die Identität des Unterzeichners bietet. Ein Untersuchungsrichter war der Ansicht, dass diese Rechtsprechung so ausgelegt werden musste, dass auch seine Anträge nicht mehr rechtsgültig per Fax übermittelt werden konnten.

Das Übergehen zu neuen Formen der Kommunikation und folglich zu neuen Formen der Durchführung von juristischen Handlungen wirft also Fragen auf. Im nachfolgenden Text versuchen wir zum einen zu untersuchen, ob die eingescannte Unterschrift und die Original-Unterschrift, die gescannt und per E-Mail verschickt wird, eine aussetzende Wirkung haben und zum anderen, ob der Kassationsentscheid, in dem es heißt, dass die Versendung einer Antragsschrift nach Artikel 61^{quinquies} StPGB nicht rechtsgültig per Fax erfolgen kann, von allgemeiner Tragweite ist.

1. Die aussetzende Wirkung der eingescannte Unterschrift und der Originalunterschrift, die gescannt wird

a. Unterbrechung

Artikel 22 des Einleitenden Titels des StPGB bestimmt, dass die Verjährung der Strafverfolgung lediglich durch Untersuchungs- oder Verfolgungshandlungen unterbrochen werden kann, die binnen der in Artikel 21 festgelegten Frist erfolgen.

Diese Unterbrechung bewirkt, dass die Verjährungsfrist nicht ab dem Datum der Tatbegehung, sondern ab dem Tag, an dem die Verjährung unterbrochen wird, beginnt. Wenn im Laufe der ursprünglichen Verjährungsfrist verschiedene Unterbrechungshandlungen erfolgten, wird lediglich die letzte berücksichtigt.

Mit Verfolgungshandlungen werden die Handlungen einer befugten Person - normalerweise der Staatsanwaltschaft – bezeichnet, durch die die Strafverfolgung aufgenommen oder weiter ausgeübt wird, während Untersuchungshandlungen von einer befugten Person ausgeführte Handlungen sind, die dazu dienen, Daten zu sammeln, um die Akte auf die gewohnte Art zusammenzustellen und die Sache in den Stand der Anklage zu versetzen¹.

Wesentlich ist also, dass die Untersuchungs- oder Verfolgungshandlung von einer dazu befugten Person stammt. Diesbezüglich gilt es zu unterstreichen, dass lediglich die Originalunterschrift mit Angabe der Eigenschaft und sicherheitshalber des Namens des Unterzeichners als wirksame Handlung betrachtet werden kann².

In der Rechtsprechung hat man in der Tat immer Folgendes erachtet, dass „ein auf einer Mappe angebrachter Vermerk ohne Unterschrift nicht als rechtsgültige Unterbrechungshandlung durchgehen konnte, sondern dass eine rechtsgültige Untersuchungshandlung die Unterschrift der Staatsanwaltschaft oder des Untersuchungsrichters erfordert“, und „dass ein Namensstempel nicht mit dem gleichen Maß an Sicherheit wie eine Unterschrift beweist, dass die zuständige Behörde die Untersuchungs- oder Verfolgungshandlung, welche die Verjährung der Strafverfolgung unterbricht, angeordnet hat, sondern dass lediglich die Unterschrift der zuständigen Behörde dem Erfordernis aus Artikel 22 des Einleitenden Titels des StPGB³ entspricht“ und schließlich „dass eine Nachschrift des Prokurators des Königs, die nur mit einem Unterschriftenstempel versehen ist, die Verjährung der Strafverfolgung nicht unterbricht“⁴.

Es ist jedoch nicht erforderlich, dass die Unterschrift leserlich ist. In der Tat war der Kassationshof in einem Entscheid vom 31. März 1993 der Auffassung, dass die handschriftliche Unterschrift auf der Nachschrift, die von der Staatsanwaltschaft unter der Bezeichnung „Der Prokurator des Königs“ angebracht wurde, die nicht leserlich

¹ VERSTRAETEN, R. Handboek strafvordering, Antwerpen, Maklu, 2007, 137.

² Kass., R.G. Nr. P.02.0485.F., 18. September 2002, Kassationsentscheide, 2002, Nr. 9, S. 1875, E. DE SMETH, „DE stuiting van de verjaring van de strafvordering: een zoektocht naar het stempeltje en de handtekening, in Verkeersrecht 1997, 299-301.

³ Kass., 18. November 1981, R.W., 1982, S. 838

⁴ Antwerpen 30. August 1988, RW 1988-89, 931, Note MERCKX, D

ist und nicht den anderen von dieser Staatsanwaltschaft und diesem Magistrat stammenden Unterschriften gleicht, keine Auswirkung darauf hat, dass die Verjährung der Strafverfolgung durch die in dieser Nachschrift beschlossenen Verfolgungshandlung unterbrochen wird⁵.

Logischerweise unterbrechen Aufträge, die der Polizei mündlich erteilt werden, die Verjährung nicht. Ein von der Polizei nach einem mündlichen Auftrag erstelltes Protokoll hingegen unterbricht die Verjährung. Bei unmittelbar bevorstehender Verjährung kann ein Magistrat folglich bestimmte Probleme vermeiden, indem er seinen Auftrag schriftlich erteilt.

b. Die eingescannte Unterschrift

Mehr und mehr gerichtliche Handlungen erfolgen auf elektronischem Weg und in diesem Kontext wird nicht selten auf eine elektronische Signatur zurückgegriffen. Auch wenn diese Entwicklung sich in der Praxis als positiv herausstellt, so ist sie doch manchmal nicht ganz frei von Problemen, denn die Nutzer sind sich dessen nicht immer sicher, ob eine elektronische Signatur als rechtsgültige Unterschrift akzeptiert wird oder nicht, das heißt als Unterschrift, der durch die Rechtsvorschriften die gleiche Rechtswirkung (beispielsweise die Unterbrechung der Verjährungsfrist) wie der klassischen handschriftlichen Unterschrift zugesprochen wird.

Selbstverständlich muss auch bei der elektronischen Signatur die Echtheit der Information gewährleistet werden. Das Niederschreiben von Informationen auf einen Papierträger und das anschließende Versetzen mit einer handschriftlichen Unterschrift ist in einem elektronischen Umfeld aber nicht möglich. Infolgedessen bedurfte es elektronischer Varianten dieses Vorgehens, die dieselbe juristische Tragweite aufweisen⁶. Der Gesetzgeber hat versucht, hier Abhilfe zu schaffen, indem er den elektronischen Signaturen einen gesetzlichen Rahmen verlieh.

So wurden mit dem Gesetz vom 20. Oktober 2000 zur Einführung des Gebrauchs von Telekommunikationsmitteln und der elektronischen Unterschrift bei gerichtlichen und bei außergerichtlichen Verfahren das Zivilgesetzbuch und das Gerichtsgesetzbuch abgeändert.

In Sachen Strafrecht aber ist bis zum heutigen Tage nichts vorgesehen. Was in jedem Fall feststeht, ist, dass eine ursprüngliche Unterschrift von Hand nur von einer einzigen Person angebracht werden kann und dadurch Sicherheit über die Identität des Verfassers dieser Unterschrift besteht. Eine eingescannte Unterschrift ist das digitalisierte Abbild einer handschriftlichen Unterschrift, das mit Hilfe von Digitalisierungstechniken erstellt wurde⁷. Folglich besteht die Sicherheit, die eine handschriftliche Unterschrift bietet, hier nicht. Wenn sie in einer Computerdatei abgespeichert ist, kann sie nämlich von jedem, der Zugang zu dieser Datei hat, benutzt werden⁸.

⁵ Kass. AR 402, 31. März 1993, Kassationsentscheid, 1993, S. 346.

⁶ VAN EECKE, P. « De handtekening in het recht ; van pennetrek tot elektronische handtekening », Gent, Larcier, 2004, S. 268.

⁷ Staatsrat, Nr. 207.656, 24. September 2010, www.raadvst-consetat.be

⁸ Staatsrat, Nr. 207.656, 24. September 2010, www.raadvst-consetat.be

Damit eine rechtsgültige Unterbrechungs-Handlung erfolgen kann, ist es wesentlich, dass die Untersuchungs- oder Verfolgungshandlung von einer befugten Person ausgeht. Mit anderen Worten: die Identität des Unterzeichners ist von äußerster Wichtigkeit. Eine eingescannte Unterschrift also, die von egal wem angebracht werden kann und nicht erlaubt, zu überprüfen, wer der wahre Verfasser der Entscheidung ist, scheint folglich keine gültige unterbrechende Handlung bewirken zu können.

Des Weiteren kann auch auf das Gesetz vom 10. Juli 2006 über die elektronische Verfahrensführung verwiesen werden und hier insbesondere auf Kapitel 3: Die elektronische Akte in Strafsachen, Abschnitt 6: Modalitäten für die Unterzeichnung von Erklärungen, Protokollen und anderen Verfahrensunterlagen, die im Rahmen einer elektronischen Originalakte auf elektronischen Datenträgern erstellt werden, und Modalitäten für die Umwandlung von Verfahrensunterlagen. Das Inkrafttreten dieses Gesetzes wurde jedoch wiederholt verschoben und soll nun am 1. Januar 2013 in Kraft treten.

In §2 dieses Abschnitts heißt es wie folgt: Unterzeichnet eine Person ungeachtet ihrer Eigenschaft und ungeachtet des Stadiums des Strafverfahrens im Rahmen einer Strafsache eine Erklärung, einen Antrag, ein Protokoll oder jegliche andere Urkunde, die von einem oder für einen Richter, Greffier, Prokurator des Königs oder Sekretär der Staatsanwaltschaft erstellt worden ist, erfolgt diese Unterzeichnung durch Anbringen der Unterschrift auf einer Kopie dieses Aktenstücks. Wenn es aber möglich ist, werden, Paragraph 3 gemäß, Erklärungen, Anträge, Protokolle oder andere Urkunden in ihrer elektronischen Form von den betreffenden Personen oder von den Personen, die sie dem Gesetz entsprechend zu diesem Zweck vertreten können, mit einer qualifizierten Signatur versehen gemäß den Modalitäten, die vom König nach Stellungnahme des Geschäftsführungsausschusses und des Kontrollausschusses durch einen Erlass festgelegt werden.

Unter „qualifizierter Signatur“ versteht man die in Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 2001 zur Festlegung bestimmter Regeln in Bezug auf rechtliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen und Zertifizierungsdienste definierte fortgeschrittene elektronische Signatur⁹. Dieses Gesetz definiert den Begriff der fortgeschrittenen elektronischen Signatur als elektronische Signatur, die einzig an den Unterzeichner gebunden ist und erlaubt ihn zu identifizieren. Sie wird erstellt durch Mittel, die der Unterzeichner unter seine alleinige Kontrolle behalten kann und sie ist geknüpft an Daten, auf die sie sich bezieht, so dass jedwede spätere Änderung der Daten aufgespürt werden kann.

Der Rechtslehre zufolge ist eine eingescannte Unterschrift als normale elektronische Signatur zu betrachten oder, anders gesagt, als Daten in elektronischer Form, die anderen elektronischen Daten beigelegt oder logisch mit diesen verknüpft sind und als Mittel zur Authentifizierung gebraucht werden. Der Begriff der Authentifizierung ist im belgischen Recht unbekannt, er ist jedoch im Bereich der Informationssicherheit anzusetzen. Hierunter versteht man insbesondere das Verfahren, mit dem die Authentizität von Informationen festgestellt werden kann. Eine Datei gilt als authentifiziert, wenn sowohl der nachweisliche Ursprung wie auch

⁹ Artikel 2, 3. des Gesetzes vom 10. Juli 2006 über die elektronische Verfahrensführung.

die Integrität der Information feststehen. Folglich ist die elektronische Signatur mit dem zu unterzeichnenden Inhalt verbunden und ist in gewisser Weise Garant für die Integrität des Verfassers.

Eine eingescannte Unterschrift ist aber von einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur zu unterscheiden. Der Unterschied zwischen den beiden liegt in den Qualitätsanforderungen, die für die fortgeschrittene elektronische Signatur gelten und die nur über die Technik der asymmetrischen Verschlüsselung umgesetzt werden können.

Infolgedessen erlaubt die eingescannte Unterschrift nicht die Kriterien, die das Gesetz über die elektronische Verfahrensführung stellt, nämlich das Unterzeichnen durch Anbringung einer Unterschrift auf einer Kopie oder durch Anbringung einer qualifizierten Signatur, zu erfüllen.

c. Das Scannen eines Dokumentes mit Originalunterschrift

Es stellt sich die Frage, ob auch das Scannen von Originalunterschriften nennenswerte Probleme mit sich bringt.

Wie bereits vorher erwähnt, setzen unterbrechende Handlungen eine Untersuchungs- oder Verfolgungshandlung voraus, die von einer befugten Person ausgeführt wird. Anders gesagt, die Identität des Unterzeichners solch einer Urkunde ist ein wesentliches Element.

Wenn ein mit einer Original-Unterschrift versehenes Schriftstück gescannt wird, wird das Bild dieses Schriftstückes, das Original, mit Hilfe des Scanners aufgezeichnet und in eine digitale Datei umgewandelt, die anschließend auf elektronischem Weg verschickt, gehandhabt oder bearbeitet werden kann.

Trotz der Tatsache, dass auch dieses Dokument in einer Computerdatei abgespeichert ist und von jedem, der dort Zugang hat, benutzt werden kann, besteht ein wesentlicher Unterschied zur eingescannten Unterschrift, nämlich der, dass die Akte immer ein Original beinhaltet, das Sicherheit in Bezug auf die Identität des Unterzeichners bietet und eventuell zwecks Vergleichs mit einem manipulierten Schriftstück herangezogen werden kann.

Somit können unterbrechende Handlungen problemlos mittels gescannter Dokumente verrichtet werden.

2. Der Kassationsentscheid vom 27. September 2011

Am 27. September 2011 hat der Kassationshof entschieden, dass die Versendung per Telefax eines Antrags nach Artikel 61 *quinquies* StPGB nicht den Vorschriften dieses Artikels entsprach, da ein Telefax aufgrund seiner technischen Merkmale keine

Originalunterschrift tragen kann und folglich keinerlei Sicherheit in Bezug auf die Identität des Unterzeichners liefert¹⁰.

Ein Untersuchungsrichter in Kortrijk war der Auffassung, dass dieser Entscheid derart auszulegen ist, dass das Verschicken von Anträgen an die Polizei per Telefax nicht mehr rechtsgültig erfolgen kann. Da er es folglich ablehnt, weiterhin mit Telefax zu arbeiten, müssen die Polizeidienste nun jedes Mal die Anträge per Boten abholen.

Aber ist dieser Entscheid anwendbar auf Anträge, die vom Untersuchungsrichter kommen?

„Der Antrag auf Ausführung von zusätzlichen Untersuchungshandlungen wird gemäß den Regeln von Artikel 61*quinquies* des Strafprozessgesetzbuches gestellt. In diesem Artikel wird bestimmt, dass der Antrag an die Kanzlei des Gerichtes Erster Instanz gerichtet oder bei dieser hinterlegt wird und in einem zu diesem Zweck eingerichteten Register eingetragen wird.

Gemäß Artikel 61*quinquies* des Strafprozessgesetzbuches ist ein Antrag ein Schriftstück, mit dem durch das Anbringen der Unterschrift des Antragstellers gerichtliche Konsequenzen einhergehen. Die Unterschrift dient der Sicherheit: das Merkmal des Handschriftlichen, Eigenhändigen, Kreativen und Kontinuierlichen der Unterschrift, die unmittelbar auf ein Schriftstück angebracht wird, bietet Sicherheit in Bezug auf die Identität des Unterzeichners. Die Kopie einer Unterschrift mittels Telefax stellt keine rechtsgültige Unterschrift dar. Das Verschicken eines Antrags per Telefax kann aufgrund seiner technischen Merkmale keine Originalunterschrift tragen und entspricht folglich nicht den Vorschriften von Artikel 61*quinquies*, §2 und Artikel 127, §3 des Strafprozessgesetzbuches.“

Meines Erachtens ist dieser Entscheid - wie J. Van Gaever bereits anmerkte - effektiv im spezifischen Kontext von Artikel 61*quinquies* StPGB zu betrachten.

Damit ein Schriftstück zur Ausführung einer zusätzlichen Untersuchungshandlung Rechtswirkung zeitigt, ist eine Unterschrift erforderlich. Diese muss direkt auf dem Schriftstück angebracht werden, damit Sicherheit in Bezug auf die Identität des Unterzeichners gegeben ist. Wenn ein Antrag auf Durchführung zusätzlicher Untersuchungshandlungen per Telefax übermittelt wird, ist er nicht von einem Original gedeckt, das sich bereits in der Akte befindet, so dass die Unterschrift der antragstellenden Partei auf keinerlei Weise unmittelbar auf dem Schriftstück angebracht wurde. Mit anderen Worten: es wird keinerlei Sicherheit hinsichtlich der Identität des Unterzeichners geboten.

Wichtig ist hier, dass der Kassationshof mit dieser Rechtsprechung vornehmlich das Ziel verfolgte, der Praxis Einhalt zu gebieten, die darin besteht, noch am Tag der Sitzung der Ratskammer einen Antrag auf Durchführung zusätzlicher Untersuchungshandlungen zu hinterlegen.

Ein Fax, das von einem Untersuchungsrichter kommt und an die Polizeidienste gerichtet ist, verfolgt aber einen ganz anderen Zweck, und zwar beantragen, dass die

¹⁰ Kass. 27. September 2011, www.cass.be

Polizeidienste alle für die Untersuchung erforderlichen gerichtspolizeilichen Handlungen durchführen.

Gemäß Artikel 8 des Gesetzes über das Polizeiamt muss solch ein Antrag schriftlich erfolgen und die Gesetzesbestimmungen, aufgrund deren er erfolgt, sowie der Gegenstand müssen angegeben werden. Des Weiteren muss er datiert sein und den Namen, die Eigenschaft und die Unterschrift der antragstellenden Behörde umfassen. Folglich verlangt das Gesetz auch hier eine Unterschrift, damit Rechtsfolgen bewirkt werden können. Es besteht jedoch ein grundlegender Unterschied zwischen einem Antrag auf Durchführung eines zusätzlichen Untersuchungsauftrags, der von einem Antragsteller gefaxt wird, und einem Antrag, der von einem Untersuchungsrichter gefaxt wird.

Wenn den Polizeidiensten eine untersuchungsrichterliche Verfügung per Fax übermittelt wird, geht mit dieser Verfahrensweise einher, dass das Original beim Untersuchungsrichter und somit in der Akte bleibt. Infolgedessen ist die Überprüfung der Echtheit/Gültigkeit – durch ein Vergleichen des Telefax' mit dem Original-Schriftstück - jederzeit möglich.

Auch wenn die Original-Schriftstücke verschickt werden, führt die Überprüfung der Echtheit/Gültigkeit nicht zu Problemen. Problematischer wird es, wenn diese Schriftstücke in der Post verloren gehen und niemals bei den Polizeidiensten ankommen.

Die Möglichkeit einer ständigen Kontrolle anhand eines Originals, das sich zu jeder Zeit in der Akte befindet, würde zur Rechtssicherheit beitragen. Dabei können zwei Wege eingeschlagen werden: Entweder verfasst der Untersuchungsrichter – so wie J. Van Gaever dies bereits vorschlug – mehrere Originale, wobei er angibt, wie viele Originalexemplare seiner Verfügung erstellt wurden und für wen die verschiedenen Originale bestimmt sind. Oder der Untersuchungsrichter fertigt jedes Mal, wenn der Akte ein Original zur Vollstreckung entnommen werden müsste, eine beglaubigte Abschrift dieses Original an, mit der dann gearbeitet werden kann.

3. Schlussfolgerung

Ein Schriftstück kann nur Folgen bewirken, wenn es mit einer Unterschrift versehen ist.

So können gültige Unterbrechungshandlungen und Franchimont-Anträge nur für zulässig erklärt werden, wenn sie mit der Original-Unterschrift einer befugten Person versehen sind.

Angesichts dessen, dass elektronische Daten aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken sind, stellt sich die Frage, ob eine gültige Unterbrechungshandlung nicht auch über eine eingescannte Unterschrift oder ein Dokument, das die Originalunterschrift trägt und gescannt wird, erfolgen kann und ob die Anträge des Untersuchungsrichters nicht rechtsgültig per Fax übermittelt werden können.

Da die handgeschriebene Unterschrift das Merkmal des Handschriftlichen, Eigenhändigen, Kreativen, Persönlichen und Kontinuierlichen aufweist, bestehen wenig Zweifel an der Identität des Unterzeichners und an seinem Willen, sich an den Inhalt des Schriftstücks zu binden, worauf die Unterschrift hinweist.

Dieses personengebundene Merkmal ist allerdings weder in der eingescannten Unterschrift noch in dem gescannten oder gefaxten Schriftstück wiederzufinden. Dabei besteht zwischen den beiden aber ein wesentlicher Unterschied:

Eine eingescannte Unterschrift kann in keinerlei Weise das Erfordernis der Identität gewährleisten. Dadurch kann eine gültige Unterbrechungshandlung oder jede andere rechtliche Folge, für die eine Unterschrift erforderlich ist, niemals rechtsgültig vollzogen werden.

Selbst wenn das Gesetz über die elektronische Verfahrensführung im Jahr 2013 in Kraft treten wird und mit elektronischen Akten gearbeitet werden wird, ist die elektronische eingescannte Unterschrift wenig hilfreich. Das Unterzeichnen von Erklärungen, Protokollen und anderen Verfahrensschriftstücken erfordert in der Tat immer entweder eine handschriftliche Unterschrift, oder eine fortgeschrittene elektronische Signatur, was eine eingescannte Unterschrift eben nicht ist.

Anders sieht es aus bei eingescannten oder gefaxten Unterlagen, von denen das Original in der Akte bewahrt wird, so dass eine Echtheitsüberprüfung der Unterschrift zu jeder Zeit möglich ist und Rechtsfolgen nicht zunichte gemacht werden.

Notiz: Wie verhält es sich mit der eingescannten Unterschrift im Zivilrecht?

a. Gesetz vom 20. Oktober 2000 zur Einführung des Gebrauchs von Telekommunikationsmitteln und der elektronischen Unterschrift bei gerichtlichen und bei außergerichtlichen Verfahren¹¹.

Das Gesetz vom 20. Oktober 2000 zur Einführung des Gebrauchs von Telekommunikationsmitteln und der elektronischen Unterschrift bei gerichtlichen und bei außergerichtlichen Verfahren hat das Zivilgesetzbuch und das Gerichtsgesetzbuch abgeändert. Zum einen wird in das allgemeine zivile Beweisrecht eine Nichtdiskriminierungsregel in Sachen elektronische Unterschrift eingeführt, dadurch dass in Artikel 1322 des Zivilgesetzbuches ein neuer Artikel eingefügt wurde. Darin wird bestimmt, dass eine Unterschrift im Sinne dieses Artikels eine Gesamtheit an elektronischen Daten sein *kann*, wenn sie einer bestimmten Person zugeordnet werden kann und die Erhaltung der Integrität des Inhalts der Urkunde feststeht. Folglich *kann* eine rechtsgültige Unterschrift, die – in der Regel – unter bestimmten Bedingungen (Identifizierung, Zuordnung und Integrität) handschriftlich erfolgen muss, ebenfalls elektronisch erfolgen, wodurch gerichtliche Authentifizierungstechniken einen gleichwertigen juristischen Wert wie eine klassische handschriftliche Unterschrift erhalten können, und deshalb eine Privaturkunde auch auf elektronischem Wege rechtsgültig getätigt werden kann. Die neue Bestimmung stellt eine elektronische Signatur, die den funktionellen Anforderungen entspricht, jedoch nicht automatisch einer handschriftlichen Unterschrift gleich. Es ist Sache des Richters zu entscheiden, ob den Anforderungen entsprochen wurde und somit der elektronischen Signatur Rechtsgültigkeit zu verleihen. Wichtig ist auch, dass die Gleichwertigkeit zwischen einer handschriftlichen und einer elektronischen Unterschrift in ihrer Anwendung eingeschränkt ist. In der Tat gilt die Gleichwertigkeit nur für eine elektronische Signatur, die auf einer Privaturkunde angebracht wurde, die dazu dient aus einem Vertrag herrührende Verbindlichkeiten zu beweisen¹². Zum anderen wurden Regeln in Bezug auf das außergerichtliche Verfahren (Artikel 2281 Zivilgesetzbuch) und das gerichtliche Verfahren (Artikel 32 und 54 Zivilgesetzbuch) aufgestellt; diese besagen, dass das Nichtvorhandensein einer rechtsgültigen Unterschrift nicht mehr als Nichtigkeitselement vorgebracht werden kann (Artikel 863 Zivilgesetzbuch).

b. Gesetz zur Festlegung bestimmter Regeln in Bezug auf rechtliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen und Zertifizierungsdienste¹³

Das Gesetz vom 9. Juli 2001 zur Festlegung bestimmter Regeln in Bezug auf rechtliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen und Zertifizierungsdienste ist die Umsetzung der europäischen Richtlinie 1999/93/EG in belgisches Recht. Es führt einen neuen Begriff ein, und zwar den Begriff „elektronische Signatur“. Diese elektronische Signatur an sich stellt jedoch nicht notwendigerweise eine Unterschrift im juristischen Sinne dar. Erfüllt sie aber eine bestimmte Anzahl Anforderungen, kann sie damit gleichgesetzt werden. Es wurden mehrere Arten von elektronischen Signaturen in das belgische Recht eingeführt, und zwar die elektronische Signatur, die fortgeschrittene elektronische Signatur und die

¹¹ B.S. vom 22. Dezember 2000

¹² VAN EECKE, P., « De elektronische handtekening in het recht », TBH 2009, Nr. 4, S. 339.

¹³ B.S. 29. September 2001.

qualifizierte elektronische Signatur, die einer handschriftlichen Signatur gleichzustellen ist.

Eine elektronische Signatur setzt sich zusammen aus Daten in elektronischer Form, die anderen elektronischen Daten beigelegt oder logisch mit ihnen verknüpft sind und zur Authentifizierung dienen. Der Begriff der „Authentifizierung“ ist im belgischen Recht unbekannt, er ist aber im Bereich „Informationssicherheit“ anzusiedeln. Darunter ist insbesondere das Verfahren zu verstehen, mit dem die Authentizität der Information festgestellt werden kann. Eine Datei ist authentifiziert, wenn sowohl der unwiderlegbare Ursprung wie auch die Integrität der Information feststehen. Folglich ist die elektronische Signatur an den zu unterzeichnenden Inhalt geknüpft und ist in gewisser Weise Garant für die Integrität des Unterzeichners. Diese Beschreibung umfasst sowohl eine eingescannte Unterschrift, einen PIN-Kode, eine biometrische Identifizierung wie auch eine Unterschrift, die durch symmetrische oder asymmetrische Verschlüsselungstechniken erstellt wird. Sind diese Anforderungen erfüllt, kann dieser Unterschrift ihre Rechtsgültigkeit nicht abgesprochen werden und sie darf nicht als Beweis in gerichtlichen Angelegenheiten abgelehnt werden mit der einzigen Begründung, dass sie in elektronischer Form vorliegt, nicht auf einem qualifizierten Zertifikat beruht, nicht von einer sicheren Signaturerstellungseinheit erstellt wurde oder nicht auf einem Zertifikat beruht, das von einem Zertifizierungsdiensteanbieter ausgestellt wurde¹⁴. Dies bedeutet aber nicht, dass die elektronische Signatur einer handschriftlichen Unterschrift gleichgestellt ist. Dies ist nur der Fall, wenn nachgewiesen werden kann, dass den Zuordnungs- und Integritätsanforderungen von Artikel 1322 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches entsprochen wurde.

Eine fortgeschrittene elektronische Signatur wird umschrieben als eine elektronische Unterschrift, die ausschließlich dem Unterzeichner zugeordnet ist und es ermöglicht diesen zu identifizieren. Des Weiteren wird sie mit Mitteln erstellt, die der Unterzeichner unter seine alleinige Kontrolle halten kann und sie ist geknüpft an Daten, auf die sie sich bezieht, so dass eine spätere Änderung der Daten aufgespürt werden kann. Der Unterschied zwischen einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur und einer normalen elektronischen Signatur liegt also in den für die fortgeschrittene elektronische Signatur geltenden Qualitätskriterien, die nur mittels der Technik der asymmetrischen Verschlüsselung umgesetzt werden können.

Eine fortgeschrittene elektronische Signatur hat im Prinzip keine anderen Rechtsfolgen als eine normale elektronische Signatur, kann aber den Beweiswert erhöhen.

Schließlich gibt es noch die qualifizierte elektronische Signatur oder die fortgeschrittene elektronische Signatur, die auf der Grundlage eines qualifizierten Zertifikats, das von einer sicheren Signaturerstellungseinheit erstellt wird, angefertigt wird. Diese Signatur wird einer handschriftlichen Unterschrift gleichgestellt. Sie kann also in allen Fällen eine handgeschriebene Unterschrift rechtsgültig ersetzen, und zwar in dem Sinn, dass wenn eine handgeschriebene Unterschrift gesetzlich vorgeschrieben ist, auf eine qualifizierte Signatur zurückgegriffen werden kann.

¹⁴ Artikel 4, §5 des Gesetzes vom 9. Juli 2001 zur Festlegung der Regeln in Bezug auf rechtliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen und Zertifizierungsdienste.

Die Anforderungen aus Artikel 1322, Absatz 2 ZGB in Bezug auf die Rechtsgültigkeit einer elektronischen Signatur, nämlich die Zuordnung und die Erhaltung der Integrität, gelten also bei einer qualifizierten elektronischen Signatur automatisch als erfüllt¹⁵.

Wie bereits erwähnt wurde, muss die eingescannte Unterschrift als elektronische Unterschrift betrachtet werden, der man die Rechtsgültigkeit nicht absprechen kann und die nicht als Beweismittel in gerichtlichen Verfahren abgelehnt werden kann mit der einzigen Begründung, dass sie in elektronischer Form vorliegt, nicht auf einem qualifizierten Zertifikat beruht, nicht auf einem qualifizierten Zertifikat beruht, das von einem zugelassenen Zertifizierungsdiensteanbieter ausgestellt wurde oder nicht von einer sicheren Signaturerstellungseinheit erstellt wurde. Dies bedeutet aber nicht, dass die elektronische Unterschrift einer handschriftlichen Unterschrift gleichgestellt ist. Sie wird ihr nur gleichgestellt, wenn erwiesen ist, dass den in Artikel 1332, Absatz 2 des Zivilgesetzbuches erwähnten Erfordernissen der Zuordnung und Integrität entsprochen wurde. Aber wie bereits früher im Text erwähnt, gilt auch hier: eine ursprüngliche handgeschriebene Unterschrift kann nur von einer einzigen Person erstellt werden, während eine gescannte Unterschrift diese Garantie nicht bietet.

¹⁵ VAN EECKE, P. « De elektronische handtekening in her recht », TBU 2009, Nr. 4, S. 341-346.